

Stettiner Zeitung.

Nr. 240.

Sonntag, 13. Oktober

1872.

Deutschland.

Berlin, 11. Oktober. In Bezug auf die Eröffnung der nächsten Reichstagsession wird von einem hiesigen Korrespondenten eines auswärtigen Blattes die Nachricht verbreitet, daß jene bereits zum Januar zu erwarten sei; als Beweis führt dafür der Betreffende an, daß man im Reichskanzleramt sich darauf vorbereite, die einzelnen Etats noch vor Ablauf dieses Jahres festzustellen. Wenn auch dies letztere, was ja übrigens in der Natur der Sache liegt, nicht unrichtig ist, so ist dennoch einer Eröffnung der neuen Session der Reichsvertretung nicht vor dem Februar, vielleicht erst mit Beginn des März entgegenzusehen. Ganz trug aber in Bezug auf die Vorlagen dieser Session ist die Mitteilung, daß das Reichs- wie das Vereinigte Gesetz nicht mehr in derselben zur Beratung gestellt werden sollen: jenes ruht keineswegs und hat vielmehr während der jüngsten Anwesenheit dessen Vorberatung neue Anregung erhalten und dieses soll ebenfalls in der Frühjahrssession endgültig durchgesetzt und festgestellt werden. — Ueber die letzte Staatsministerialisierung geben ebenfalls unkorrekte Gerüchte um, namentlich das, daß der Etat des Kultusministeriums bereits einer letzten Beratung unterworfen worden sei; es kann mit Gewißheit behauptet werden, daß bis jetzt bezüglich sämlicher Etats nur allgemeine Vorfragen gehalten, aber kein einzelner Etat definitiv berathen worden ist. — Beim Bundesrat ist b antwortet worden, nunmehr das Reichsgesetz, betreffend die Haftspflicht der Eisenbahnen bei Tötungen und Körperverletzungen bei Eisenbahn-Unfällen auch auf Elsass-Lothringen auszudehnen. — Die Expedition zur Untersuchung der deutschen Meere, welche von Seiten der Staatsregierung veranstaltet worden ist, hat den Auftrag erhalten, ihre Untersuchungen vorzugsweise auf folgende Punkte zu richten: Bestimmung der Meerestiefe, Untersuchung des Seewassers auf seinen Gehalt an Salzen und Gasen, auf seine Temperatur und seine Strömungen, auf die Beschaffenheit des Meerbodens, die Meeresflora und die Meeresfaunaen.

Berlin, 11. Oktober. Man wird sich erinnern, schreibt einer unserer Korrespondenten, daß gegen den Schluß der letzten Reichstagsession eine lebhafte Agitation unter den Apothekenbesitzern sich bemerklich mache, welche durch eine Regulierung des Apothekerbetriebes an der Hand der Gewerbeordnung einer Bedrohung ihrer Interessen entgegenzuarbeiten strebe. Die Petitionen, welche zur Wahrung der lebhaften Verhältnisse und andererseits um gänzliche Freigabe des Apothekergewerbes eingegangen waren, blieben durch den Sessionsschluß unerledigt. Unzweckhaft wird diese Angelegenheit indessen in der nächsten Reichstagsession regutirt werden. Man verhehlt sich in Regierungskreisen nicht, daß die Dinge, so wie sie jetzt liegen, nicht aufrecht zu erhalten sind, daß aber einer Regulierung im Sinne der Petenten auch große Schwierigkeiten entgegenstehen. Es ist nach wie vor die Meinung, daß die staatliche Kontrolle über den Apothekerbetrieb aufrecht erhalten bleiben muß. Diejenigen also, welche auf eine gänzliche Freigabe des Apothekergewerbes gerechnet haben, werden sich in ihren Hoffnungen getäuscht sehen. Eine größere Schwierigkeit bietet die Entschädigungsfrage; man verhehlt nicht, daß die Besitzer von Privilegien nicht ohne Weiteres durch ein neues Gesetz ihre Rechte verlieren können. Jedenfalls wird man fortfahren, Material über diese Frage zu sammeln und dieselbe nicht ohne Mitwirkung von Sachverständigen zu lösen unternehmen. Hauptfachlich wird man bemüht sein, auch auf diesem Gebiet die Unebenheiten zu beseitigen, welche durch die Verschiedenartigkeit der Bestimmungen in den einzelnen Bundesstaaten hervorgetreten sind. — Bekanntlich sind in jüngster Zeit einige fünfzig neue vereidigte Makler an dieser Börse angestellt worden. Hierdurch hat das Gerücht eine Widerlegung erfahren, wonach eine Abschaffung des Makler-Instituts seitens der Regierung beabsichtigt sein sollte. Wie man hört, ist die Frage allerdings in Betracht geogen worden und ihre Verwirklichung noch Gegenstand der Erwägung. Wenn man augenblicklich keine Aenderung vorgenommen, sondern sogar der Vermehrung der Makler zugestimmt hat, so geschah dies, weil Angesichts des immensen Umsanges, den der Berliner Börsenverkehr jetzt gewonnen hat, man sich der Forderung der Kaufmannschaft nicht entziehen konnte.

Durch die günstigen Finanzverhältnisse hat die Regierung in dem nächsten preußischen Staatshaushaltsetat eine Reihe von Petitionen berücksichtigen können, welche bis dahin vertagt werden mussten. Hierher gehört u. A. der Wiederaufbau des alten Kaiserhauses zu Goslar in seiner früheren Herrlichkeit. Eine bezügliche Petition an den Reichstag war, wie erinnerlich sein wird, mit einem Hinweise auf die erhoffende Unterstützung der preußischen Regierung beantwortet worden. Die Mittel zur Ausführung des Neuerungsbaues sind bereits angewiesen.

Der "Manchester Guardian" ließ sich von hier am Dienstag telegraphiren: "Weder Admiral Prevost, der englische Vertreter bei der Regelung der San Juan-Frage, noch der amerikanische Gesandte Mr. Bancroft haben bis vorgestern Abend von der deutschen Regierung irgend etwas über den Schiedsspruch des Kaisers erfahren. Noch vor drei Wochen glaubte Admiral Prevost annehmen zu können, daß die Entscheidung erst nächstes Jahr getroffen werden würde. Doch 14 Tage später erhielt er die Mitteilung einer sehr baldigen Entscheidung. Prevost ist heute Morgen nach dem Harze abgereist und wird frühestens Donnerstag zurückkehren. Mr. Bancroft scheint sehr vertrauensvoll, daß der Schiedsspruch zu Gunsten Amerikas ausfallen werde."

Damit, den Intentionen des Reichskanzlers entsprechend, der Reichstag wo möglich schon Ende Januar zusammenzutreten kann, ist vom Reichskanzleramt angeordnet worden, daß die einzelnen Ressorts der Reichsverwaltung bis zur Mitte des Monats November ihre Etats aufzustellen haben. Der Reichstag pro 1874 soll dann bis Ende Januar vollständig fertig gestellt sein.

Ueber die Besetzung der durch den Tod des Grafen Söhlberg erledigten Stelle eines Oberpräsidenten von Schlesien verlautet, daß ein Mitglied der hohen Aristokratie der Provinz zum Nachfolger ausgesehen sei.

Der Tod des früheren amerikanischen Staatssekretärs Seward hat die Vereinigten Staaten eines ihrer bedeutendsten Politiker, ihre republikanische Partei eines ihrer hervorragenden Führer beraubt. Wilhelm Heinrich Seward war am 16. Mai 1801 zu Florida im Staate New York geboren, wurde im Staate 1822 Advokat zu Auburn und im Jahre 1830 in den Senat seines Heimatstaates gewählt. Nach einer mit seinem Vater 1833 gemachten europäischen Tour, von deren einer Reihe von Reiseschilderungen veröffentlichte, wurde er nach einem im Jahre 1834 gemachten vergeblichen Versuche im Jahre 1838 von der republikanischen Partei zum Gouverneur des Staates New-York gewählt, welchen Posten er Dank mehrfacher Wiederwahl bis zum Jahre 1844 ausfüllte. Nach fünfjähriger Zurückgezogenheit im Privatleben wurde er im Jahre 1849 in den Senat der Vereinigten Staaten gewählt, behauptete seinen Posten bei den im Jahre 1866 erfolgten Neuwahlen und kandidierte im Jahre 1860 für die Präsidentschaft der Vereinigten Staaten. Bei der großen republikanischen Wahl zu Chicago unterlag er gegen Lincoln, wie behauptet wird, wegen einer Beliebung des Redakteurs der "New York Tribune" Horace Greeley, zeitigen Präsidentschaftskandidaten. Mit einer im amerikanischen Parteileben seltenen Hochherzigkeit verzichtete Seward auf den ersten Posten innerhalb der Partei und wirkte mit dem größten Eifer für die Wahl Lincolns, die bekanntlich auch mit großer Mehrheit erfolgte. Der neue Präsident ernannte ihn sofort zu seinem Staatssekretär. In dieser Stellung entfaltete er eine außerordentliche Tätigkeit und große Talente. Seine entschlossene Haltung in dem Trennfall erregte in England große Erbitterung, doch mußte er in dieser Frage endlich den Satisfaktionsansprüchen des englischen Cabinets nachgeben, da die Lage der Vereinigten Staaten mittin in dem furchtbaren Bürgerkriege keinen auswärtigen Konflikt ertrug. Glücklicher war er bekanntlich in dem Kampfe gegen die Südstaaten, dessen leitendes Element er war und bei dessen Wechselseitigkeit seine männliche Leidenschaft den schwächeren Präsidenten Lincoln oft aufrecht erhalten mußte. Der Haß der bestigten Sklavenhalter traf ihn dafür in vollstem Maße, an dem Tage von Lincolns Ermordung wurde gegen ihn ein Mordversuch gemacht, aus dem er mehrere schwere Wunden davontrug und sich nur langsam wieder erholt. Auch unter dem Nachfolger Lincolns, Andrew Johnson, behauptete Seward seine Stellung und trat bei dem Consilium zwischen dem neuen Präsidenten und dem Congress wiederholzt mit Erfolg für den ersten ein. Während dieser Periode seiner Amtsführung schloß Seward mit Russland den Kaufvertrag wegen des Territoriums Alaska ab, vermochte indes die Alabamafrage nicht zu Ende zu führen, da der Senat der Vereinigten Staaten sein über diese Angelegenheit mit England abgeschlossenes Arrangement mit allen gegen eine Stimme verwarf. Ebenso wurde sein mit Dänemark abgeschlossener Beitrag über den Erwerb der dänischen Besitzungen in Westindien vom Senat nicht ratifiziert. Im Frühjahr 1869 trat Seward mit dem Präsidenten Johnson zurück und lebte seitdem als Privatmann. Der größere Theil der ihm noch geschenkten Müh wurde durch eine zweijährige Tour um die Welt ausgefüllt. Seit dem auf Seward früher ausgeführten Attentat hatte seine frühere starke Gesundheit gelitten. Amerika hat in ihm einen seiner eindrücklichsten und edelsten Staatsmänner und seiner entschiedensten Republikaner verloren, in dem sich der

alte neu-englische Geist des Hasses gegen das britische vom Südwesten schwierig und in Bordeaux z. B. wankt schon der Boden unter seinen Füßen. Er wollte dort seinen ehemaligen Adlatus, Herrn v. Freycinet, als Kandidaten aufstellen; aber die Radikalen von der Gironde haben ein besseres Gedächtnis, als der Er-Diktator, und erinnern sich, daß dieser Ingenieur unter dem Kaiserreich ein offizieller Kandidat für den Generalrat von Tarn-et-Garonne gewesen ist. Was könnte der Redner von Grenoble darauf entgegen?

Hatte er doch selber vor den Wölfen im Schafspelz gewarnt, vor den Leuten, denen die Republik nur ein Mittel für ihre persönlichen Zwecke ist. Er mußte also seinen Leib-Ingenieur über Bord werfen und empfahl nun den reichen Weinbergbesitzer Dupuy, einen reichschaftsreichen Republikaner vom Schlag der Dorian, Schöler, Deregnauert, Edmond Adam, d. i. von jener gutmütigen Sorte von Leuten, die Millionen im Vermögen haben und sich einbilden, ungestraft mit dem Feuer des Sozialismus spielen zu können. Gambetta hat ein großes Faible für diesen Schlag von Republikanern: er ist für seine Person nicht habhaftig, aber der alte Bohémien in ihm findet es mit seiner Würde nicht unvereinbar, auf Kosten seiner Freunde zu leben und dem einen seine Villa, dem Andern seine Equipage, dem Dritten gar noch etwas viel Theureres zu entliehen. Das ist nun freilich auch eine Art von Kommunismus, aber kaum derjenige, von welchem die Anhänger der lebten Commune träumen. So haben denn auch die radikalen Comités von Bordeaux den Herrn Dupuy in seine Weinlese nicht stören wollen und sich für die Kandidatur des Advokaten Nie entschieden, eines Duodez-Gambetta, der als Vertheidiger des Abbs Junqua sich in Bordeaux ebenso rasch einen Namen macht, wie sein Vorbild durch den Prozeß Baudin. Unserer Gambetta ist dieser Mann zu wider, wie ein Tenor dem anderen, und man kann in der heutigen "République française" deutlich zwischen den Zeilen lesen, daß der Beschuß der vereinigten Comités von Bordeaux in der Rue Montaigne zu Paris einen mehr als peinlichen Eindruck gemacht hat. Der Abhasser der "definitiven Republik" wird also wieder zum Wanderstab greifen müssen und, ich glaube, er wird wohl vor den nächsten Wahlen nicht mehr zur Ruhe kommen. Werden heut noch an die Rede von Angers oder Laferrière sous-Jouarre? Wer wird in vier Wochen noch an die Rede von Grenoble denken? Einzweilen also werden wir morgen Herrn Thiers wieder hören und der Abwechselung wegen soll er uns willkommen sein.

Paris, 10. Oktober. Wie es heißt, ist der Verfasser der zweiten Redaktion der vor den hier versammelten Bischoßen veröffentlichten Denkschrift — die erste, scharfes Redaktion war von der Majorität des Episkopates abgelehnt worden — der Bischof Kettler von Mainz.

Ausland.

Wien, 10. Oktober. Gestern Abend hat die dritte deutsche, internationale Frauen-Konferenz unter dem Präsidium des Hauptmanns Korn (Wien), des Schriftstellers Uhland (Leipzig) und des Professors Julius de Bee (Wien) ihre Eröffnung gefeiert. Die Versammlung sprach sich für die Zulassung der Frauen zum Studium und zur Anstellung im Staatsdienste, für die Gründung von weiblichen Industrie-Schulen, sowie für Errichtung von internationalen Arbeitsvermittlungsbureaux für weibliche Arbeiter aus. Die Konferenz erklärte ferner, für die passive Wechselseitigkeit der Frauen einzutreten und für die Aufhebung des Frauenhandels im Orient wirken zu wollen. Für die Dauer der Verhandlungen sind drei Tage in Aussicht genommen.

Pesth, 10. Oktober. Heute wurde die Debatte über das Kriegsbudget in der Reichsraths-Delegation fortgesetzt. Gisela als Generalberichterstatter nahm zum Schlusse nochmals gegen die Erhöhung des Präsenzstandes beim Heere das Wort. Der Kriegsminister, Feldmarschall-Lieutenant Kuhn, suchte hierauf die Einwendungen gegen die Erhöhung des Präsenzstandes zu widerlegen. Nach einer darauf folgenden Rede Graf Andrássy's wurde der Gablenz'sche Antrag auf dauernde Erhöhung des Friedenepräsenzstandes der Linien-Infanterie und Jägertruppe um 28,760 Mann mit 32 gegen 24 Stimmen angenommen.

Pesth, 11. Oktober. In der heutigen Sitzung der Reichsrathsdelegation wurde die von der Regierung beantragte Gleichstellung der Militärgeislichkeit mit den betreffenden Offiziersgraden hinsichtlich der Gageverhältnisse abgelehnt; dagegen wurde der von der Regierung hierauf für die Erhöhung der Gehalts der Marine-Geislichen in Anspruch genommene volle Betrag der Staats-Position mit 30 gegen 27 Stimmen bewilligt. Alle übrigen Titel des Ordinariums vom Kriegsbudget, mit Ausnahme der gestern schon für den erhöhten Präsenzstand bewilligten Mehrlisten, wurden hierauf in der Spezialdebatte nach den Anträgen des Ausschusses ohne erhebliche Diskussion genehmigt. Morgen findet die Beratung über das Extraordinarium statt.

Das Unterhaus des ungarischen Reichstages hat die von der Majorität beantragte Adresse mit 185 gegen 101 Stimmen angenommen.

Paris, 9. Oktober. Herr Thiers wird morgen in der Permanenz-Kommission sagen, was er ursprünglich dem Lande in einem Rundschreiben des Ministers des Innern sagen wollte. Da man ihn seit einigen Monaten offiziell nicht gehört hat, so wird seine Rede Sensation machen und in den Wahlkreisen ihres Einzugs nicht verschwinden. Nur muß nicht in drei Tagen wieder Gambetta sprechen; denn länger als drei Tage hätte hier zu Lande eine Sensation nicht vor. Es heißt aber wirklich, daß Gambetta, der nur hierher gekommen wäre, um noch einmal in dem Prozeß Bajaine vernommen zu werden, eine zweite politische Geschäftstreiße nach dem Süden beabsichtige und daß Esquiroz und Roavier ihm in Marseille bereits Quartier machen. Der Mann hat sich zu einer wahren Danzigerarbeit verurtheilt; kaum hat er im Süden einige Profsylien gemacht, so werden seine alten Freunde

Preis der Zeitung auf der Post vierteljährlich 15 Sgr., mit Landbriefträgerzettel 18½ Sgr., in Stettin monatlich 4 Sgr., mit Botenlohn 5 Sgr.

